

Die SZ und die „Feindfahrer“ von PI München

☒ Lediglich bei der Überschrift ihres am Mittwoch erschienenen Artikels [„Münchner Islamkritiker – Der Feind steht fest“](#) kann man der *Süddeutschen* kaum widersprechen. Was dann aber auf einer dreiviertel Seite der gedruckten Ausgabe folgt, muss genauer betrachtet werden. Denn vieles hat mit der Realität herzlich wenig zu tun. Selektive Wahrnehmung à la SZ, damit das zurechtgebastelte Weltbild nicht ins Wanken gerät.

(Von Michael Stürzenberger)

Bereits die Unterzeile hat es in sich: „PI und BPE diffamieren den Koran und Allah“. Das uralte Spiel: Der Überbringer der schlechten Botschaft wird attackiert, die Botschaft selbst ignoriert. Und als ob Autor Bernd Kastner die Vorgeschichte nicht bekannt gewesen wäre, bei der die städtische „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ [zwei Gaststättenwirte massiv bedrängt hatte](#), die Veranstaltung „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat“ abzusagen, schreibt er:

Das Treffen hatte etwas Konspiratives: Nur der innerste Kreis war frühzeitig informiert, wo die Veranstaltung stattfinden sollte. Neuinteressenten und Journalisten erfuhren erst kurz vor Beginn, dass man in einem Wirtshaussaal in Perlach zusammenkommt.

Nun, beim dritten Anlauf konnten und wollten die Münchner Islamkritiker dem Gastwirt keinen weiteren Empörungsturm der linken städtischen Zensurwächter zumuten. Daher nahmen sie keine offene Werbung für die Veranstaltung vor, was ein Armutszeugnis für die Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der bayerischen Landeshauptstadt darstellt.

Diese „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ der Stadt München, bei der man sich fragt, warum es nicht auch eine „gegen Linksextremismus“ und eine „gegen religiösen Extremismus“ gibt, liefert bei näherer Betrachtung auch gleich die Erklärung ihrer Einseitigkeit: Die Leiterin Miriam Heigl schreibt gelegentlich Artikel für die Zeitschrift [„prokla – Probleme des Klassenkampfes“](#), die laut [Wikipedia](#) als marxistisch orientiert gilt.

Der Mitarbeiter Marcus Buschmüller ist gleichzeitig Vorsitzender von „a.i.d.a.“, dem „Antifaschistischen Informations- und Dokumentations-Archiv“, das [vom Verfassungsschutz als linksextrem](#) eingestuft wurde. Buschmüller wurde übrigens 1986 bei vermummter Teilnahme an einer Demonstration in Wackersdorf wegen versuchter Gefangenenbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung 12 Tage inhaftiert sowie zu 60 Tagessätzen verurteilt. 1989 demonstrierte er gegen die deutsche Einheit und wurde dabei von Polizeibeamten durchsucht, die CS-Gas bei ihm fanden, was [erneut eine Verurteilung](#) nach sich zog.

Menschen dieser Gesinnung also sind es, die bei der Stadt München angestellt sind, um Bürger zu tyrannisieren, die ihr Recht auf Warnung vor einer Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaft wahrnehmen. Hochinteressant ist die SZ-Beschreibung der Veranstaltungsbesucher:

Die PI-Aktivisten halten dagegen: „Es ist ein Skandal“, ruft Stürzenberger, und die Besucher applaudieren. Waren es vergangenes Jahr noch 150 bis 200 Besucher bei den drei Veranstaltungen, sind es an diesem Abend nur 50, die Organisatoren haben vorsichtshalber auf Flugblätter verzichtet. Gekommen ist bürgerliches Publikum mittleren Alters, es sind Krawatten- und Janker-Träger da und Damen im Pelz. Man kennt sich, man hat einen gemeinsamen Gegner.“

Völlig unerwähnt lässt Kastner die anwesenden jessidischen

Christen aus Syrien und dem Irak sowie die Christen aus Togo, die so gar nicht in das SZ-Feindbild des biederen deutschen Spießbürgertums passten. Einer der afrikanischstämmigen Besucher ergriff in der Diskussionsrunde nach dem Vortrag das Wort und hielt ein spannendes Plädoyer: In früheren Zeiten hätten Deutsche Togo alphabetisiert und den Menschen dort die abendländische Kultur sowie das Christentum nähergebracht. Heutzutage scheine sich Deutschland für all dies zu schämen. Unter dem Vorwand, dass man jetzt „offen“ und „tolerant“ zu sein habe, verleugne man die eigenen Werte, die Kultur und die Religion. Der Islam werde dabei völlig unkritisch als „Bereicherung“ dargestellt.

Während dieser bemerkenswerten Rede, die PI demnächst als Video veröffentlicht, verließ Kastner bezeichnenderweise den Raum. Dieser Patriotismus eines Deutsch-Afrikaners war offensichtlich zu verstörend für das Weltbild eines SZ-Journalisten. In seiner Redaktion suchte er dagegen fleißig nach alten PI-Kommentaren, die sein Feindbild der „Hetzer“ bestätigten. Er wurde u.a. im Kommentarbereich eines eineinhalb Jahre alten Artikels über den Marwa-Mordfall in Dresden fündig.

Laut SZ missbilligt die Münchner CSU offensichtlich das islamkritische Treiben von PI München, dem sich ein halbes Dutzend CSU-Mitglieder angeschlossen haben:

Das bringt die CSU in die Bredouille, die Münchner Partei-Oberen wirken alles andere als glücklich über Mitglieder à la Stürzenberger. „Sehr kritisch“ beobachte die CSU deren Aktivitäten, erklärt Parteichef Otmar Bernhard. „Kräfte, die sich gegen die Religionsfreiheit aussprechen, teilen nicht die Grundwerte der CSU und haben in der Mitte der CSU keinen Platz.“ Allein, ein Parteiausschluss ist an sehr hohe Hürden geknüpft.

Die Grundwerte der Münchner CSU scheinen sich im Moment eher

am taktischen Machtkalkül als an christlich-abendländischen Werten zu orientieren. Der Münchner CSU-Chef Otmar Bernhard hatte es vor einem Jahr beim Schwabinger Fischessen im Sechs-Augen-Gespräch klar formuliert: „Ohne Muslime werden in Zukunft keine Wahlen mehr gewonnen“. Und so wird in Münchner CSU-Kreisen auch das ZIEM-Projekt des hochumstrittenen Imams Idriz bedenkenlos durchgewunken. Kritische Fragen hierzu werden beispielsweise im CSU-Integrationsausschuss knallhart abgewürgt.

Über den Vortrag des Referenten Stefan Ullrich schreibt die SZ:

Ullrich beschränkt sich nicht darauf, die christliche Religion zu preisen, er bewertet auch den Islam, immer, so betont er, auf der Basis des Koran. Den habe er „durchgepflügt“. Über Allah sagt Ullrich etwa: „Er täuscht, auch die eigenen Leute.“ Oder: „Gott ist ein unberechenbarer Gewaltherrscher.“ Ullrich vermittelt, dass Christen den Muslime intellektuell überlegen seien: Viele interreligiöse Probleme beruhen auf Missverständnissen, auch, weil die Muslime das Christentum nicht verstünden, zum Beispiel die Dreifaltigkeit Gottes und damit auch nicht Jesu Geburt. Stefan Ullrich sagt: „Der Islam denkt, Gott Vater war mit der Maria im Bett.“

Stefan Ullrich hat während seines Vortrags nie behauptet, dass Muslime „intellektuell unterlegen“ seien, sondern dass sie – gemäß des Korans – die Dreifaltigkeit eben falsch verstehen. Hier setzt der gleiche Hebel an, mit dem das volkspädagogische Meinungskartell schon Thilo Sarrazin diskriminierenden Rassismus unterjubeln wollte. Ullrich meinte hingegen vielmehr, dass einige der interreligiösen Spannungen vermeidbar wären, wenn Missverständnisse dieser Art geklärt werden könnten. Der ganze Vortrag von Stefan Ullrich ist bei deusvult.info nachzulesen, ebenso eine Kritik des SZ-Artikels. Ein Video wird ebenfalls noch folgen.

Die SZ räumt immerhin noch ein, dass weder PI noch BPE vom Verfassungsschutz beobachtet werden, auch wenn es Münchens Oberbürgermeister Christian Ude gerne anders hätte:

Der bayerische Verfassungsschutz hält PI und BPE nicht für extremistisch. Sie seien „keine Beobachtungsobjekte“, „Detailkenntnisse liegen deshalb nicht vor“, so das Innenministerium. Immerhin, man habe ihre Aktivitäten „im Auge“, spricht: Man lese ihre Verlautbarungen. Oberbürgermeister Christian Ude kommentiert das Mitlesen der Verfassungsschützer so: „Wenn es ihnen dabei nicht kalt über den Rücken läuft, verstehe ich sie nicht ganz.“

Nun, Herr Oberbürgermeister und Namenspatron des Kulturzentrums [im türkischen Pülümür](#), uns läuft es kalt den Rücken herunter, wenn wir die „religiösen“ Anweisungen im Koran lesen und die hierzu beinahe täglich erfolgenden Ausführungen in der ganzen Welt betrachten. Aber um das zu erkennen, müsste man eben seinen gesunden Menschenverstand benutzen, statt die alte Toleranzplatte abzunudeln:

Oberbürgermeister Christian Ude wirft den PI-Aktivisten „Hasstiraden gegen den Islam als Weltreligion“ vor, fernab jeglichen tolerablen Diskussionsniveaus. Das Rathaus will Wirte auch weiter aufklären, Udes Kurs lautet: „Keine Toleranz der Intoleranz.“

Wir Islamkritiker werden uns jedenfalls weiterhin nicht den Mund verbieten lassen und die Wahrheit aussprechen – auch wenn sie vielen offensichtlich nicht ins Konzept passt und sich jenseits eines willkürlich festgelegten „tolerablen Diskussionsniveaus“ befindet. Die Fakten werden sich am Ende gegen ideologische Borniertheit durchsetzen.

» redaktion@sueddeutsche.de

Rasend wachsende Unterstützung für Guttenberg



[Auf Facebook](#) wurde

unmittelbar nach der Rücktrittsankündigung von Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg gestern eine neue Gruppe „Wir wollen Guttenberg zurück“ gegründet, die in atemberaubendem Tempo wächst. Bereits gestern trugen sich dort mehr als 250.000 Befürworter ein, heute sind es – Stand 21.30 Uhr – schon 460.000 Mitglieder. Die Gruppe hat am kommenden Samstag um 13 Uhr in verschiedenen Städten zu Demonstrationen aufgerufen.

Der Tenor an der Pinnwand ist, dass Guttenberg zwar einen Fehler gemacht habe, man jedoch vielen anderen Abgeordneten und Ministern wie Thierse, Gysi, Ströbele, Özdemir, Joschka Fischer und diversen Stasi-Spitzeln und Kommunisten alles durchgehen lasse. Dem Verteidigungsexperten der Grünen, [Omid Nouripour](#), wird vorgeworfen, dass er ein „Hochstapler“ sei, weil er seit 2002 behauptete, er promoviere in Germanistik, dabei sei gemäß Studienordnung seine Chance auf eine Doktorarbeit spätestens seit August 2006 verwirkt. Nouripour hat zu den Vorwürfen [im Jahr 2008 Stellung genommen](#) und eingeräumt, dass er einen Fehler begangen habe.

Besonders kritisch setzt man sich mit der Rolle der Medien auseinander, die mit zweierlei Mass messen würden und eine Hetzjagd auf Guttenberg veranstaltet hätten. Plötzlich sei Libyen nicht mehr wichtig gewesen. Die Gruppe wird vom ZDF bisher komplett totgeschwiegen, andere Medien versuchen, sie mit gezielt herausgesuchten Beiträgen einzelner Gruppenmitglieder lächerlich zu machen oder als „fehlgeleitete“ Menschen zu stigmatisieren. Die ARD berichtete von Tausenden von Mails, die eingegangen seien. Die Gruppe hatte dazu aufgerufen, Medien und Abgeordnete anzuschreiben.

Erwähnt wurde auch, dass mutmaßlich die Initiative gegen Guttenberg aus der [SPD und der linksextremen Ecke](#) gekommen ist. Der „Enthüllungsprofessor“ Andreas Fischer-Lescano arbeitet gemeinsam mit der ehemaligen hessischen SPD-Chefin Andrea Ypsilanti im „Institut Solidarische Moderne“ für ein geeintes linkes Lager aus Linkspartei, SPD und Grünen und ist Vertrauensdozent der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Guttenberg wurde nahegelegt, nach einer Pause zusammen mit Thilo Sarrazin eine neue Partei zu gründen, die absolute Mehrheit zu gewinnen und Bundeskanzler zu werden.

» Handelsblatt: [Holt das Netz Guttenberg zurück?](#)



Spendenskandal um Steinmeier



Ein im Jahr 2009

verloren gegangener Laptop hat Brandenburgs Innenminister Rainer Speer das Amt gekostet. Nun taucht Frank-Walter Steinmeiers Name in dubiosen Dateien und E-Mails auf, die sich auf dem Computer befanden. Ihnen zufolge soll Steinmeier unter anderem als Außenminister sein Amt zum Sammeln von Parteispenden missbraucht haben.

Angeblich nahm er im Februar 2009 an einem Essen in Potsdam teil, zu dem die Brandenburger SPD Unternehmer eingeladen hatte. Vor und nach dem Treffen seien die Unternehmer von der SPD um Parteispenden gebeten worden. Bei der Planung des Abends seien interne Vermerke des Auswärtigen Amts verwendet worden.

Speer nahm an dem Essen mit Steinmeier teil, weil Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) wegen einer Erkrankung verhindert war. Hinterher soll Speer mit Generalsekretär Klaus Ness versucht haben, auf unzulässige Weise eine Spende bei der Beratungsfirma Roland Berger einzuwerben, so der Stern. In einer Mail an Speer schrieb Ness nach dem Essen, das Beratungsunternehmen wolle, „dass wir das Geld bekommen“, werde es „aber nicht direkt spenden“. Speer ließ dann mit dem Roland-Berger-Marketingchef Torsten Oltmanns „Kontakt aufnehmen“. Nach Aussagen von Oltmanns erhielt das Unternehmen darauf eine fingierte Rechnung eines Architekten,

die jedoch nicht bezahlt wurde. Oltmann bestreitet, dass Roland Berger der SPD Brandenburg auf anderem Wege das versprochene Geld zukommen ließ.

Die eingeladenen Unternehmer waren größtenteils bereits im Vorfeld des Treffens mit Steinmeier um Geld gebeten worden, wie aus den dem [STERN vorliegenden Unterlagen](#) hervorgeht.



Assange: Vom Enthüller zum Weltverschwörer



Der 39-jährige Gründer und Kopf der Enthüllungs-Seite Wikileaks, Julian Assange, der von Großbritannien nach Schweden ausgeliefert werden soll, hat viele Geheimnisse der internationalen Politik [ans Tageslicht gebracht](#). Mittlerweile jedoch hat seine Phantasie seine Nachforschungen überflügelt: Assange glaubt offenbar, Opfer einer jüdisch-feministischen Weltverschwörung zu sein.

Der *Blick* [berichtet](#):

Jetzt erklärt er (Assange) einem Reporter des britischen Magazins «Private Eye» in einem Telefonat, wer in seinen Augen wirklich verantwortlich ist für die schwedische Anklage und das britische Auslieferungsurteil: Lauter Journalisten, Juristen und Organisationen, „die alle jüdisch sind“.

Eine jüdische Verschwörung gegen Wikileaks? Offensichtlich, findet Assange. Entweder seien seine Feinde selber Juden, verwandt mit Juden, oder abhängig von jüdischen Spenden.

Assange sieht oft und gern Verschwörer. Letzten Sommer veröffentlichte seine Organisation Hunderttausende Geheimdokumente der US-Armee über den Irak-Krieg. Kurz darauf zeigten ihn zwei schwedische Ex-Mitarbeiterinnen von Wikileaks an wegen Vergewaltigung und Nötigung. Seine Erklärung: „Wir wussten immer, dass die CIA mich mit schmutzigen Tricks jagen würde.“

Um Journalisten auf ihre Zuverlässigkeit zu testen, vertraut Assange auf seinen „Männlichkeits-Test“:

Journalisten des Assange-kritischen „Guardian“ bestehen in seinen Augen den „Männlichkeits-Test“ nicht. „Sie benehmen sich wie tratschende Schulmädchen“, findet der Mann, der angeblich zwei Schwedinnen zum Sex genötigt hat.

Amis, Emanzen, Juden, Schwule. Alle darauf aus, Julian Assange zu erledigen.

Zu Assanges Unterstützern gehört bislang der US-Staranwalt Alan Berkowitz – ein Jude, der über Assanges neueste Enthüllungen weniger erfreut sein dürfte.



US-Soldaten am Flughafen Frankfurt erschossen



Am Frankfurter Flughafen sind zwei US-Soldaten [von einem Kosovaren erschossen worden](#), zwei weitere wurden schwer verletzt. Der 21-jährige Mann hatte das Feuer auf einen Bus mit US-Soldaten am Terminal 2 des Flughafens eröffnet. Laut Polizei wurde der Täter festgenommen. Es sei jedoch noch unklar, ob es sich um einen Terroranschlag handele, wird gemeldet.

UPDATE: Laut dem [Kosovarischen Innenminister Bajram Rexhepi](#) hat die Deutsche Polizei den Attentäter als Arif Uka identifiziert, einen Kosovarischen Staatsbürger aus dem Norden der Stadt Mitrovica.

Videos:

(Spürnasen: Daniel G., punctum, J.M. / Video: Antivirus)



Friedrich: Innen, De Maizière: Verteidigung



Die Guttenberg-Nachfolge ist entschieden: Der bisherige Berliner CSU-Landesgruppenvorsitzende Hans-Peter Friedrich (Foto l.) wird neuer Innenminister und löst Thomas de Maizière (r.) ab, der auf Guttenberg im Verteidigungsressort folgt. Dass mit Friedrich eine Veränderung in der Integrationspolitik eintritt, ist eher unwahrscheinlich. Der CSU-Politiker setzt sich vielmehr für den sogenannten Euro-Islam ein. "Das könnte auch ein Weg für die Zukunft sein: Ein Islam mit einem europäischen Gesicht, der dann nichts mehr mit Islamismus zu tun hätte. Ich halte den Islamismus für den größten Feind des Islam", [so Friedrich vor zwei Jahren](#) in einem Interview.

Presseerklärung von Angela Merkel zur Kabinettsumbildung:

Pakistan: Christlicher Minister ermordet



In Islamabad ist heute der christliche Minister für Minderheiten, Shahbaz Bhatti (Foto r.), von islamischen Extremisten erschossen worden. Der Minister hatte sich im Vorfeld gegen das umstrittene Blasphemiegesetz ausgesprochen, das jegliche Kritik an Religionen, besonders am Islam, untersagt. Die schwersten Strafen können bei der Schändung des Koran und des Namens des Propheten Mohammed verhängt werden. Vor zwei Monaten war bereits der Gouverneur der ostpakistanischen Provinz Punjab, Salman Taseer, aus dem gleichen Grund von seinem Leibwächter ermordet worden. [Der Attentäter wurde damals](#) von weiten Teilen der Bevölkerung als Held gefeiert.

[Die WELT](#) berichtet:

Der christliche Minister für Minderheiten in Pakistan, Shahbaz Bhatti, ist in Islamabad ermordet worden. Der Polizeichef der pakistanischen Hauptstadt, Kalim Imam, sagte, Bhatti sei von zehn Kugeln getroffen worden. Der Minister hatte sich für Änderungen am umstrittenen Blasphemie-Gesetz seines Landes eingesetzt. Islamisten hatten ihn deswegen mit

dem Tode bedroht.

Er war bereit, für seine Haltung zu sterben

Bhatti gehörte der regierenden Volkspartei PPP an. Er hatte noch im vergangenen Monat in einem Interview Änderungen am Blasphemie-Gesetz gefordert, um den weit verbreiteten Missbrauch zu stoppen. Der Christ hatte gesagt, wegen seiner Kritik an dem Gesetz erhalte er Todesdrohungen. Er sei aber bereit, notfalls für seine Haltung zu sterben. Islamisten in Pakistan laufen Sturm gegen Änderungen an dem Gesetz.

Nach Angaben aus Geheimdienstkreisen hinterließen die Attentäter ein Flugblatt am Tatort, bevor sie die Flucht ergriffen. Darauf habe sich eine Taliban-Gruppe aus der Provinz Punjab („Tehrik Taliban Fidayan Mohammad Punjab“) zu der Tat bekannt, sagte ein Geheimdienstmitarbeiter, der anonym bleiben wollte. Weiter habe es auf dem Flugblatt geheißen, all jene, die Änderungen am Blasphemiegesetz forderten, würden getötet werden. [...]

(Danke allen Spürnasen)

7 Thesen: Ursula Sarrazin stößt Schuldebatte an



Nachdem Thilo Sarrazin im vergangenen Jahr erfolgreich – wenn auch bisher folgenlos – eine längst überfällige Debatte zum Thema Einwanderung angestoßen hat, meldet sich nun seine Frau zum Thema Schule zu Wort.

(Von Thorsten M.)

Vorangegangen war Ursula Sarrazins [gestriger Wortmeldung im Boulevard](#) das vor den Augen der Öffentlichkeit vollzogene „Rausmobben“ der 59-jährigen Lehrerin aus einer Grundschule in Berlin-Charlottenburg in den vorgezogenen Ruhestand. Zu diesem kam es nach vereinzelt Elternbeschwerden über den autoritären Erziehungsstil von Frau Sarrazin, wobei es aber auch sonst „kuschelpädagogikverwöhnte“ Kinder gegeben haben soll, die wegen einzelner Erziehungsmaßnahmen heulend beim Schulrektor standen. Natürlich tat der Name Sarrazin sein übriges, dass am Ende die Schule überfordert war, die Lehrerin zu halten.

Zusammengefasst hat Ursula Sarrazin ihre Kritik an der Entwicklung unserer Schulen in sieben griffigen Thesen. Das Schlimme dabei ist, dass man über diese sieben eigentlich einleuchtenden Gebote überhaupt diskutieren muss. In jedem Fall wird deutlich, worunter engagierter Unterricht, der aus Kindern auch das rausholt, was in ihnen steckt, heute nicht nur in Berlin, sondern in der gesamten Buntenrepublik leidet:

Es besteht mangelnder Respekt vor Lehrern, was das Lernklima an den Schulen vergiftet. Vorgesetzte in der Schulbürokratie sind immer häufiger Karrierebeamte, die von der Arbeit „an der

Front“ zu wenig wissen. Eltern sind anmaßend, wollen, dass ihre Kinder niemand wirklich zum Arbeiten zwingt, während sie gleichzeitig aber alle von deren hohen Intelligenz überzeugt sind (alles unterhalb der Gymnasialempfehlung wird – zumindest im wohlhabenden Charlottenburg – deshalb dem Rechtsanwalt übergeben). Und am schlimmsten ist, dass immer mehr Lehrer, die der harten Arbeit am einzelnen Schüler gerne aus dem Weg gehen, dies heute wunderbar unter dem Vorwand von „Liberalität“, Großzügigkeit, „Achtung der Selbstbestimmung“ der Schüler tun können. Wer noch richtig von Schülern etwas abverlangt, sie auch unter Druck setzt, gilt als Spielverderber, „Normübererfüller“ und wird schnell vom engagierten Lehrer zum Spießrutenläufer im Kollegium.

Dies alles sorgt in der Summe für eine eindeutig leistungsfeindliche Grundstimmung an unseren Schulen – und für verpasste Zukunftsperspektiven von Kindern.

Auch der Autor dieses Textes hat in seiner Schulzeit diese Grundstimmung des „Cool-Seins“ durch Leistungsverweigerung bereits erlebt (und zu ihr beigetragen). Schon vor 25 Jahren gab es viele Lehrer, die dem mit Gleichgültigkeit gegenüberstanden. Die prägendste „Gegenerfahrung“ war dabei das Erleben eines Mathelehrers der 10. Klasse, der keinen Schüler in Ruhe gelassen hat, bis der die Note hatte, die er ihm zutraute. Nach kürzester Zeit hatte der Autor dieser Zeilen richtiggehend „Schiss“, ohne auch verstandene und selbstgemachte Hausaufgaben in dessen Stunden zu kommen. Abschweifende Gedanken im Unterricht? – Garantiert stand man innerhalb von drei Minuten an der Tafel zur Lösung einer Aufgabe. Ich kann sie heute noch spüren, diese „Angst“, mit der ich in Ermangelung von Einsicht und Begeisterung für das Fach trotzdem gebannt dem Unterricht folgte. Innerhalb von einem Schuljahr wurde der Autor in Mathe um zwei Noten besser. Nicht auszumalen, es hätte schon damals Eltern gegeben, die solche „Schülerangst“ für ungehörig erachtet hätten!

Wir glauben immer, „Chancengleichheit“ und Integration könne

und müsse man mit Geld erzeugen. Aber sind wir doch einmal ehrlich: Welche andere Chance hat denn ein Schüler mit oder ohne Migrationshintergrund, der aus einem bildungsdesinteressierten Elternhaus kommt, als eine Schule, die ihn mit Autorität zum Arbeiten zwingt, und das Mögliche aus ihm heraus holt?! Und selbst für die anderen gilt: Wenn der Staat die gut ausgebildeten Mütter „in die Produktion“ schicken möchte, dann muss er auch die Gewähr leisten, dass Ganztageschule mehr sein wird als nur eine Kinderverwahrung. Wer erst abends von der Arbeit nach Hause kommt, hat definitiv weder Nerv noch Zeit, bei seinen Kindern die Versäumnisse der Schule auszubügeln.

Deshalb kann man nur wünschen, dass Ursula Sarrazins Wortmeldung Beachtung findet. Vielleicht schreibt sie zu diesem Thema – wie gemutmaßt wird – tatsächlich noch ein Buch? Das Know-how, wie man zu wichtigen Themen einen Bestseller schreibt, ist in der Familie ja vorhanden!

Ursula Sarrazins sieben Thesen:

- 1. Dem Lehrer muss wieder die Achtung entgegen gebracht werden, die ihm gebührt.*
- 2. Den Rechten der Eltern in der Schule stehen keine entsprechenden Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber.*
- 3. Schulräte und Schulleitungen müssen in der Schulform fachlich zu Hause sein, für die sie zuständig sind, und von ihrem Wissen her für die Lehrer gleichwertige Gesprächspartner sein. Sonst können sie nicht führen.*
- 4. Entscheidend für die Qualität des Unterrichts ist die Qualität des Lehrers und der pädagogische Freiraum, der ihm gewährt wird. Im Vergleich dazu ist die Klassengröße von untergeordneter Bedeutung.*
- 5. Jede Schule sollte, wie es in vielen Bundesländern üblich ist, einen örtlichen Personalrat an der jeweiligen Schule*

haben.

6. Ohne vertiefende Übungen gibt es keinen dauerhaften Lernerfolg. Deshalb sind Hausaufgaben unverzichtbar. Ein weitgehender Verzicht darauf benachteiligt vor allem die Kinder aus bildungsfernen Schichten.

7. Kompetente Lehrer stoßen oft auf Widerstand, weil sie den Kindern das jeweils Mögliche abfordern. Zudem fühlen sich schwache Lehrer durch die Erfolge der Ersteren bedroht. Damit es zu einem gesunden Wettbewerb kommt, müssen die Leistungsstände der Schulklassen regelmäßig durch schulübergreifende Leistungstests überprüft und die Ergebnisse veröffentlicht werden.



Guttenberg-Nachfolge: Merkele's schwierige Suche



(Karikatur: [Wiedenroth](#))